

Aktive Bürger Bornheim

Kommunalwahl am 13. September 2020 - Bitte gehen Sie zur Wahl!

Kandidatenvorstellung und Auszug aus dem Kommunalwahlprogramm 2020 der ABB

Wir wollen die uneingeschränkte Transparenz der Willensbildung in der Bornheimer Kommunalpolitik. Diskussionen und Beschlussfassungen müssen grundsätzlich in öffentlichen Gremien geführt werden. Demokratische Strukturen, Transparenz, Öffentlichkeit und Nachprüfbarkeit sind unverzichtbar in der Kommunalpolitik. Wir wollen eine „geh hin und mach mit“-Kommunalpolitik und keine interfraktionelle Mausheldemokratie.

Bürgerinitiativen sind wichtig – sie dürfen nicht ins Abseits abgedrängt werden

Wir werden nach wie vor kommunale Bürger- oder Anliegerinitiativen unterstützen, soweit ein Mindestmaß an tragenden Gemeinsamkeiten feststellbar ist. Nicht alles, was angeblich gut für die Stadt Bornheim ist, muss auch gut für die betroffenen Bürger vor Ort sein.

Gebühren für Kindertagesstätten und Kindergärten abschaffen

Der Gesetzgeber in NRW zwingt Kommunen, die Kosten teilweise durch Elternbeiträge zu decken. Das Recht auf Bildung ist ein Menschenrecht gemäß Art. 26 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948. Dieses Recht auf Bildung wird durch die Erhebung von Beiträgen für Kitas und Kindergärten unterlaufen. Die Kita- und Kindergartengebühren sollen mittelfristig wieder abgeschafft werden.

Schulische Inklusion

Die zwangsweise Schließung von hoch spezialisierten Sonderschulen für behinderte Kinder ist aus der UN-Konvention nicht ableitbar. Dort steht das Recht auf Bildung von behinderten Kindern im Mittelpunkt. Eine Schließung von Sonderschulen für behinderte Kinder wird dort nicht gefordert und kann aus dem Text auch nicht abgeleitet werden. Wir wollen keine weiteren Sonderschulen schließen! Wir wollen, dass behinderte Kinder auch weiterhin in Sonderklassen die bestmögliche Betreuung und Bildung bekommen können, wie das bisher der Fall war.

Unterbringung von Flüchtlingen

Wir verlangen die 100 % Kostendeckung durch den Bund und das Land NRW. Wir verlangen schnellstmögliche Registrierung und eine konsequente, zeitnahe Rückführung abgelehnter Flüchtlinge in ihre Heimatländer. Wir fordern einen sparsameren, planvolleren und transparenteren Umgang mit den Steuergeldern der Bürger in der Sache als bisher. Wir fordern eine ehrliche, transparente und vollständige Offenlegung aller entstandenen Kosten und der erhaltenen Zuschüsse aus Bundes- und Landesmitteln. Es kann nicht sein, dass die Stadt Bornheim die Unterdeckung der Kosten für die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge über die Grundsteuern auf die Bürger umlegt!

Bornheimer Randgebiete nicht vernachlässigen

Wir wollen die Entwicklung einer gesunden Infrastruktur verstärkt auch in den Ortsteilen an den Rändern der Stadt fördern. Die Stadt Bornheim besteht nicht nur aus den Ortsteilen Roisdorf, Merten und Bornheim. In den Randgebieten Uedorf, Widdig, Hemmerich, Rösberg, etc. dürfen Investoren nicht durch unnötige Auflagen abgeschreckt werden.

Kommunale Gesellschaften – Was hat der Bürger davon?

Wir müssen darüber nachdenken, wie die Anteile an den Strom-, Gas- und Netzgesellschaften für Kostensenkungen zugunsten der Verbraucher/Bürger genutzt werden können. Der Bürger soll davon profitieren, dass sich diese Gesellschaften anteilmäßig in städtischem Eigentum befinden. Wir sind nicht damit zufrieden, dass diverse Ratsmitglieder die Verwaltungsrats- und Aufsichtsratsposten besetzen, die Stadt die Gewinne einstreicht, für die Bornheimer Bürger aber alles beim Alten bleibt. Diese Gesellschaften wurden schließlich mit Geldern der Stadt gegründet. Nun sollte auch etwas an die Bürger zurückfließen!

Sozialer Wohnungsbau

Wir wollen 20% des neuen Wohnraums als sozialen Wohnraum planen. Aufgrund des Zuzugs sind in Bornheim bezahlbare Wohnungen für Familien mit geringem Einkommen knapp geworden. Aus diesem Grund werden wir im Rat eine Initiative zur Gründung einer sozialen Wohnungsbaugesellschaft starten.

Überzogenen Straßenausbau stoppen

Die Stadt Bornheim und die etablierten Parteien neigen dazu, bei Straßensanierungen die kostenintensivste Maximalversion zu verwirklichen. Im Klartext heißt das: Straßenbreite plus doppelseitiger Fußweg plus doppelseitiger Radweg! Die Folgen: Die Kosten, die zu überwiegendem Teil auf die Anlieger abgewälzt werden, steigen, und die Flächen, die die Stadt den Anliegern abkaufen muss, vergrößern sich. Man neigt auch dazu, die angenommenen zusätzlichen Verkehre zu überschätzen. Gegen diesen Straßenausbau-Gigantismus setzen sich die Anlieger zurecht zur Wehr. Die Reaktion der Anlieger, die Abtretung von Flächen an die Stadt zu verweigern, häufen sich. Mitarbeiter der Stadt drohen im Gegenzug unverhohlen mit Enteignung. Dieser Teufelskreis muss durchbrochen werden. Mit der ABB sind überzogene Straßenausbauten nicht zu machen. Der Umfang von Straßenausbauten kann nur in Abstimmung mit den Anliegern und nicht gegen sie erfolgen. Wir unterstützen die Anlieger, die sich derartiger Gigantismus völlig zurecht entgegen stellen.

Anliegerbeiträge an Straßenbaukosten abschaffen

Der Bund der Steuerzahler NRW hat im Jahr 2019 eine Initiative zur Abschaffung der Anliegerbeiträge an Straßenbaukosten gestartet und erfolgreich abgeschlossen. Die ABB hat als einzige im Rat vertretene Gruppierung diese Volksinitiative aktiv unterstützt und hat Unterschriften gesammelt und übergeben. Da das Quorum mit 470.000 Unterschriften mehr als nur erfüllt wurde, musste sich der Landtag in NRW mit dem Thema beschäftigen. Die Landesregierung wird jährlich 65 Millionen Euro zur Verfügung stellen, um die Anlieger bei Straßenbaukosten zu entlasten. Das ist, bezogen auf 396 Kommunen natürlich viel zu wenig! Deshalb werden wir auch weiterhin alle regionalen und überregionalen Initiativen aktiv unterstützen, die sich dieses Ziel auf die Fahnen geschrieben haben.

Die Bornheimer Wasserversorgung

Zur Zeit liegt der Mischungsanteil bei 50% Wasser vom Urfelder Wasserwerk (WBV) und 50% aus der Wahnbachtalsperre (WTV). Wir werden im neuen Rat einen Antrag einbringen, die Wassereinkäufe auf endgültig 25% aus Urfeld und 75% aus der Wahnbachtalsperre festzuschreiben. Wir werden jedoch auch die zeitliche Entwicklung der Nitratwerte im Bereich des Wasserwerk Eichkamp, das im Besitz der Stadt Bornheim ist, beobachten. Sollte dort in der Zukunft wieder Wasser mit zulässigem Nitratwert gefördert werden können, sollten die Einkäufe vom WBV und WTV schrittweise reduziert werden. Die Wasser-Förderung aus eigenen Brunnen ist preiswerter als der Zukauf vom WBV und WTV.

Vergabepaxis in Bornheim

Bei beschränkten Ausschreibungen sind vorzugsweise Bornheimer Firmen zur Abgabe eines Angebotes aufzufordern. Bei freihändigen Vergaben sind nur noch im Ausnahmefall Firmen außerhalb von Bornheim zu beauftragen. Die Einhaltung der Forderungen zu Mindestlöhnen gem. Vergabegesetz NRW ist zu prüfen. Es ist bei der Bewertung der Angebote ab sofort ein Schwerpunkt auf die angebotenen Qualitäten und die Gesamtkosten incl. Wartungskosten zu legen.

Baulandmanagement und Vorkaufsrecht

Von diversen Fraktionen im Bornheimer Rat wird ein sogenanntes „Baulandmanagement“ gefordert und teilweise auch sehr fragwürdig umgesetzt. Das Vorkaufsrecht wurde mehrfach nur aufgrund eines sehr günstigen Verkaufspreises angewendet, obwohl es aus unserer Sicht keinen zwingenden Bedarf für den Erwerb gab. Ein solches städtisches Vorkaufsrecht ist krass unanständig gegenüber den Käufern und Verkäufern! Wir werden auch im neuen Rat unsere Zustimmung zu derart unanständigen Praktiken der Anwendung von Vorkaufsrecht unter dem Deckmantel Baulandmanagement verweigern!

Bebauungsplan Me16 und Me17 (Merten)

Den Bebauungsplan Me16 und Me17 lehnen wir in der aktuellen Form nach wie vor ab, weil eine Erschließung über die Beethovenstraße und die Offenbachstraße nicht sinnvoll ist. Ein derart großes Neubaugebiet sollte nicht von innen sondern von außen über die Bonn-Brühler-Straße erschlossen werden. Es kann doch nicht sein, dass man ein verkehrstechnisch ruhiges Neubaugebiet schafft, gleichzeitig aber die um das Baugebiet herum liegende Offenbachstraße und Beethovenstraße unnötig verkehrstechnisch belastet und deren Wohnqualitäten erheblich verschlechtert. Die Offenbachstraße (Me17) ist derzeit nur an wenigen Stellen in einem schlechten Zustand. Diese Teilbereiche können über die Kostentitel „Instandhaltung von Straßen“ ausgebessert werden, ohne die Anlieger mit Anliegerbeiträgen von Straßenbaukosten zu belasten. Die Offenbachstraße soll zusammen mit der Beethovenstraße die verkehrstechnische Erschließung des Me16 übernehmen. Der Bebauungsplan Me17 ist also nur deshalb geplant, um das neue Baugebiet Me16 zu erschließen. Die Kosten der Erschließung des Me16 werden nun den Anliegern der Offenbachstraße über den Me17 aufgebürdet. Die Anlieger wehren sich folglich völlig zurecht gegen diese Kostenverlagerung. Es ist rechtlich durchaus möglich, den Profiteuren des Me16 die Kosten des Me17 über eine Zusatzvereinbarung zum Me16, zumindest teilweise anzulasten. Es sei noch erwähnt, dass es im Ausschuss für Stadtentwicklung & Rat stimmberechtigte Mitglieder gibt, die Grundeigentum im Bereich des Me16 haben.



Merten I – Marc Süß

Jahrgang 1974 – Reserveliste Platz 3
selbstständiger Parkettleger
Politikschwerpunkte:
Bebauungspläne und Stadtentwicklung



Merten II -- Dieter Lambertz

Jahrgang 1948 - Reserveliste Platz 14
Bauleiter Hoch- und Tiefbau
Politikschwerpunkte:
Bebauungspläne und Stadtentwicklung

Wählen Sie die Kandidaten der ABB und den Bürgermeisterkandidat Björn Reile!

<http://www.aktivebuergernbornheim.de>

E-Mail: bornheimer123@yahoo.de